

Das Recht auf
Wohnen – auch
für junge
Menschen!

Beendigung von Jugendwohnungslosigkeit:
EIN MENSCHENRECHTSLEITFADEN



CANADA WITHOUT POVERTY
CANADA SANS PAUVRETÉ



Über diesen Leitfaden

Der vorliegende Leitfaden basiert auf dem „Youth Rights, Right now“ Leitfaden welcher von Canada Without Poverty in Kooperation mit “A Way Home Canada” dem “Canadian Observatory on Homelessness” und FEANTSA (Europäischer Dachverband der Wohnungslosenhilfe) erarbeitet wurde. Der Leitfaden wird von Maytree und “The Laidlaw Foundation” finanziell unterstützt.

Die Übersetzung und Anpassung an den deutschen Kontext wurde von Petra Schwaiger, Mitglied bei FEANTSA Youth erarbeitet.

Viele Organisationen und Einzelpersonen haben an diesem Leitfaden mitgewirkt, Feedback, Forschung bereitgestellt und an Befragungen teilgenommen. Ohne die Unterstützung von unseren Partnerorganisationen und der Anleitung von Leilani Farha, UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Wohnen, wäre dieser Leitfaden aber nicht zustande gekommen.

Die Autor_innen bedanken sich herzlich bei den vielen jungen Personen, die ihre Erfahrungen mit Wohnungslosigkeit geteilt haben und vor Ort für die Befragungen in Vancouver und Toronto zur Verfügung standen, bei online Befragungen und peer-review mitgemacht haben. Eure Rechte sind wichtig – danke für eure Stimme in der Zusammenstellung dieses Leitfadens.

Inhaltsverzeichnis

1. Jugendwohnungslosigkeit – ein Überblick	3
2. Dieser Leitfaden ist für SIE	6
3. Menschenrechtsbasierter Ansatz: Die Stärken	7
4. Die Rechte legen den Rahmen fest!	11
5. Die Umsetzung der Rechte	16
6. Checkliste	27
Quellenverzeichnis	28



Junge wohnungslose Menschen – ein Überblick

Wohnungslosigkeit von jungen Menschen ist ein aktuelles Problem weltweit und benötigt dringend unsere Aufmerksamkeit.

Die Europäische Beobachtungsstelle für Wohnungslosigkeit (European Observatory on Homelessness) nennt den Anstieg der Zahl junger wohnungsloser Menschen europaweit den auffälligsten Trend innerhalb der Wohnungslosenstatistik. Das Justizministerium in den USA schätzt, dass über 1,9 Millionen Jugendliche in den USA jährlich Erfahrungen mit Wohnungslosigkeit machen (Badine et al., 2014). In Kanada werden im Jahr rund 35 000 Jugendliche als wohnungslos geschätzt (Gaetz, 2014), während es in Großbritannien letztes Jahr mindestens 83 000 junge wohnungslose Menschen gab (Clarke et al., 2015).

Auf einen Blick:



Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe (BAG-W) schätzt die Zahl der wohnungslosen jungen Menschen unter 20 Jahren in Deutschland im Jahr 2014 auf 66.000, Tendenz steigend.



Ein Bericht aus Australien zeigt, dass 42% der wohnungslosen indigenen Bevölkerung unter 18 Jahren alt sind.



Geflüchtete Jugendliche sind in Australien 6-10 Mal häufiger von Wohnungslosigkeit betroffen.



72% der Straßenkinder in Brasilien sind Jungen zwischen 12-17 Jahren



Zwischen 20-40% von jungen wohnungslosen Personen aus Kanada, den USA und Großbritannien gaben einen LSBTIQ (steht für Lesbisch, Schwul, Trans*, Inter* und Queer) Hintergrund an. Eine Stichtagserhebung zeigt, dass 50% der wohnungslosen jungen Menschen in Kanada in ihrer psychischen Gesundheit beeinträchtigt sind.



Wohnungslose Menschen in der österreichischen Hauptstadt Wien sind durchschnittlich jünger als die Gesamtbevölkerung. (vgl. MA 24 2015: 158)



Eine amerikanische Studie bestätigt, dass ein Viertel der straffällig gewordenen Jugendlichen innerhalb eines Jahres nach Haftentlassung wohnungslos wird. In Großbritannien sind 70% der jungen wohnungslosen Menschen innerhalb von 2 Jahren erneut straffällig geworden.

Diese Zahlen verdeutlichen das Problem und auch die UN (Vereinten Nationen) wurden darauf aufmerksam. In ihrem aktuellen Bericht hat die UN Sonderberichterstatterin für das Recht auf Wohnen Regierungen weltweit angesprochen, die Beendigung von Wohnungslosigkeit zu einer Priorität in Sachen Menschenrechte zu machen und dabei den Fokus auf Wohnungslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu legen. Dieser Aufruf kommt genau zur richtigen Zeit – junge Menschen auf der ganzen Welt kämpfen gerade mit hohen Arbeitslosenquoten, unüberwindlichen Kosten für Bildung, strengen Einsparmaßnahmen und einem Anstieg der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit – Bedingungen, die Wohnungslosigkeit unter Jugendlichen vorantreiben.

Wohnungslosigkeit bei Jugendlichen - unterschiedliche Erfahrungen

Im Gegensatz zu wohnungslosen Erwachsenen verlieren junge Menschen, die ihr zu Hause verlassen, damit auch gleichzeitig Beziehungen, welche auf sozialer Abhängigkeit basieren, wie zum Beispiel ein Elternteil oder Erziehungsberechtigte_r. Dies führt zu einer Doppelbelastung: Das Leben als selbstständige_r Erwachsene_r und die Probleme, die mit der Wohnungslosigkeit einhergehen. Bevor sie überhaupt die Fähigkeiten und Erfahrungen eines erwachsenen Menschen sammeln konnten, sehen sich viele junge Menschen mit dieser schwierigen Lage konfrontiert.

Forschungsergebnisse zeigen, dass je länger junge Menschen in Wohnungslosigkeit leben, desto erheblicher sind sie dem Risiko der sexuellen und wirtschaftlichen Ausbeutung ausgesetzt. Ebenso erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, traumatisierende Ereignisse zu erleben, eine Verschlechterung des gesundheitlichen Zustandes, schlechte Ernährungsgewohnheiten und Anhängigkeiten (Boivin, Roy, Haley, & Gailbaud du Fort, 2005). Sind junge Menschen erst einmal auf der Straße gelandet, sind sie auch mit der Übernahme von Gewohnheiten des Lebens auf der Straße konfrontiert. Die langfristigen Konsequenzen sind erheblich und beinhalten zum Beispiel:

- Ein höheres Risiko für Ausbeutung, Gewalt, Viktimisierung und physischem und sexuellem Missbrauch (Braitstein et al., 2003)
- Mehr Auffälligkeiten bei der Polizei und im Justizvollzugssystem (Baron, 2013).
- Schulabbruch und Schwierigkeiten, den Arbeitsplatz zu erhalten (Gaetz, 2014).
- Stress, Depression, Angststörungen und Suizid (Kidd, 2004).
- Intensiver Gebrauch von Substanzen als Bewältigungsstrategie (Barnaby, Penn, & Erikson, 2010).

Die oben genannten Konsequenzen unterstreichen die Dringlichkeit alle Kräfte zu vereinen, um Wohnungslosigkeit bei jungen Menschen zu vermeiden und für diejenigen, die bereits wohnungslos sind, die Notlage so schnell wie möglich zu beenden und eine erneute Wohnungslosigkeit zu verhindern.

Manche jungen Menschen sind besonders von Wohnungslosigkeit bedroht oder haben bereits ausgeprägte Erfahrungen mit Wohnungslosigkeit.



LSBTIQ: Es gibt leider wenig valide Daten zu dieser Gruppe, diese sind jedoch alarmierend: eine wachsende Gruppe von jungen wohnungslosen Menschen ist mit Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen oder gender-Identität konfrontiert.



Junge Menschen fliehen vor häuslicher Gewalt und Missbrauch. Häusliche Gewalt zwingt 61% der jungen Frauen auf die Straße.



Migrant_innen: Kulturelle Isolation, Sprachbarrieren, Schwierigkeiten in der Arbeit, familiäre Probleme und Stress – vor diesen Hürden stehen meist neu zugewanderte jungen Menschen.



Jugendliche aus Institutionen: Werden junge Menschen erst einmal als Erwachsene bezeichnet und sind aus der staatlichen Hilfe für Kinder und Jugendliche „herausgewachsen“, verlieren sie häufig aufgrund von strukturellen Hürden den Zugang zu bestehenden Hilfemaßnahmen wie Bildung, Sozialleistungen und Gesundheitsversorgung.



Junge Menschen in der Straffälligenhilfe. Der Schlüssel zum Erfolg für junge Wohnungslose ist der Zugang zu stabilen, rechtlich abgesicherten Wohnverhältnissen. Aber gerade jungen straffällig gewordenen Menschen fehlt oft externe Unterstützung wie zB bei der Arbeitssuche, Erlangung sozialer Leistungen, etc.



Junge Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Die Datenlage zum Zustand der psychischen Gesundheit junger wohnungsloser Menschen ist ungenügend. Einige regionale Studien deuten darauf hin, dass ein größerer Teil der jungen wohnungslosen Menschen eine psychische Beeinträchtigung hat, als die Allgemeinbevölkerung. Dies bringt in der ohnehin schon schwierigen Lage der Wohnungslosigkeit zusätzliche Risiken und Hindernisse mit sich.

Die Zugehörigkeit zu einer oben genannten Risikogruppe bedeutet auch, dass es eventuell auch schon auf dem Weg in die Wohnungslosigkeit Einschränkungen in ihren Rechten gab. Diese Einschränkungen können im Leben auf der Straße weiter andauern oder sich verschlimmern. In der sozialen Gruppe „der Wohnungslosen“, sind Jugendliche häufiger von Diskriminierung, Sicherheitsrisiken und einer komplexen Verbindung von physischen und emotionalen Herausforderungen betroffen. Bei der Erarbeitung von Strategien betreffend Wohnungslosigkeit bei jungen Menschen müssen die speziellen Gründe und Erfahrungen von jungen Menschen gegenüber der breiteren Gruppe aller Wohnungslosen berücksichtigt werden.

Rechte in Aktion:

Leicht zugängliche Anlaufstellen, wie das Beratungscafé unplugged in Mainz bieten Orte für junge wohnungslose Menschen, an denen sie einfach sein können, sich mit anderen jungen Leuten treffen und Unterstützung in allen Fragen des Lebens erhalten können. Auf diese Weise werden die jungen Menschen unterstützt, den je eigenen Weg hin zu einem guten Leben zu finden. Unplugged leistet darüber hinaus wichtige Aufklärungsarbeit in Schulen und der Öffentlichkeit zu Fragen der seelischen Gesundheit und der Obdachlosigkeit. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Veränderung struktureller Rahmenbedingungen geschaffen, um so prekäre Lebenslagen von jungen Menschen zu verhindern.

Dieser Leitfaden ist für SIE!

Trotz des enormen Umfangs des Problems, wird bereits in vielen Teilen der Welt wichtige Arbeit zum Thema Prävention und Lösung von Jugendwohnungslosigkeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene gemacht.

Jeden Tag versuchen engagierte Entscheidungsträger_innen, Erzieher_innen, Sozialarbeiter_innen, Freiwillige und junge Menschen die Lebenssituation von jungen Menschen zu verbessern. Um ihnen bei dieser schwierigen Aufgabe unter die Arme zu greifen, stellt dieser Guide die Menschenrechte in den Vordergrund von Entscheidungsträger_innen mit dem Ziel der Identifizierung von systemischen Ursachen von Jugendwohnungslosigkeit und menschenrechtsbasierten Lösungsvorschlägen.

Dieser Leitfaden ist für Sie:

- Nationale Entscheidungsträger_innen, die eine nationale Strategie zur Beendigung von Jugendwohnungslosigkeit entwickeln.
- Gremiumsmitglied in der Entwicklung eines lokalen Aktionsplans für junge wohnungslose Menschen.
- Eine junge Person mit Erfahrung von Wohnungslosigkeit mit dem Wunsch sich in Entwicklungsstrategien betreffend Wohnungslosigkeit zu engagieren.
- Ein_e Sozialarbeiter_in in einer lokalen Notübernachtung oder Zentrum für wohnungslose Jugendliche

Die Stärke des menschenrechtsbasierten Ansatzes

Ein menschenrechtsbasierter Ansatz als Rahmen bietet die beste Ausstattung für verschiedene Akteur_innen in dieser wichtigen Arbeit.

Dieser Ansatz beinhaltet den Gedanken von Inklusion und Partizipation in den Entscheidungsfindungen und bringt dadurch diejenigen, die direkt betroffen sind, an einen Tisch mit den Entscheidungsträger_innen. Dort wird ein Fokus auf Verantwortungstrennung

und Ressourcenorientierung gelegt, welcher hilft, Rollen und Verantwortungen aufzuteilen. Der menschenrechtsbasierte Ansatz knüpft auch an Antidiskriminierung und das Bereitstellen von staatlichen Ressourcen an. Er versucht akute Probleme zu lösen, wenn gleich vor allem strukturelle Probleme im Fokus stehen. Der herausragende Grund ist allerdings: Die Sichtweise auf Jugendwohnungslosigkeit ändert sich – mit diesem Ansatz wird anerkannt, dass Jugendwohnungslosigkeit kein Resultat

“Allzu oft wird Wohnungslosigkeit als persönliches oder moralisches Scheitern betrachtet, obwohl es eigentlich ein strukturelles und politisches Problem ist.”

Leilani Farha, Vereinte Nationen
Sonderberichterstatterin für das Recht auf Wohnen

von individuellen Umständen ist, sondern dass systematische Spuren von Ungleichheit, Ausgrenzung und Vernachlässigung die Versäumnisse von Regierungen sind, die aufgrund ihrer Pflicht zur Wahrung der Menschenrechte dafür verantwortlich sind.

Junge Menschen und Menschenrechte

Ein menschenrechtsbasierter Ansatz umfasst die Idee, dass alle jungen Menschen ein Grundrecht und legales Recht haben vor Wohnungslosigkeit geschützt zu sein und einen Zugang zu bedarfsgerechtem Wohnen zu haben.

Regierungen ratifizieren internationale Menschenrechtspakte und erstatten über deren Einhaltung Bericht. Neben den Regierungen des jeweiligen Landes müssen aber auch alle anderen Ebenen diese ratifizierten Pakte einhalten. Tatsächlich findet die Umsetzung dieser Verpflichtungen vor Ort durch nationale Gesetze, Verwaltungsvorschriften, Programme, lokale Dienstleister und mit der Unterstützung von lokalen Funktionären und Beamten statt.

Alle tragen die Verantwortung für die Umsetzung von Menschenrechten.

Junge wohnungslose Menschen sind mit unglaublichen Hindernissen konfrontiert, wenn sie Zugang zu Hilfeeinrichtungen und sicherem und bezahlbarem Wohnraum suchen und ihre Rechte einfordern:

- Ein_e Vermieter_in lehnt eine junge Person ab, da sie nicht genügend Arbeitserfahrung und keine Kreditwürdigkeit vorweisen kann.
- Eine junge Person ist wohnungslos und wird lediglich in die Wohnungsnotfallhilfe verwiesen.
- Eine junge Person hat keinen Zugang zu einer LSBTIQ-freundlichen Unterkunft
- Lokale Behörden entwickeln Strategien um Wohnungslosigkeit zu bekämpfen und erlauben jungen Menschen nicht, sich zu beteiligen.
- In Folge der Privatisierung öffentlicher Räume, kommt es zu einer Verdrängung (junger) wohnungsloser Menschen aus dem öffentlichen Raum, durchgeführt zum Teil mit Hilfe von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten
- Eine Familie zieht neu in eine Stadt um bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu finden und findet keinen bedarfsgerechten Wohnraum. Um raus aus dem überfüllten Wohnraum zu kommen und auch zum Einkommen der Familie beizusteuern, zieht es die jungen Familienmitglieder auf die Straße.

Aus dem Blickwinkel der Menschenrechte verstehen sich all die oben beschriebenen Alltagsszenen als Verfehlen der Einhaltung der Menschenrechte. Dies verlangt nach einer Berichtigung, in welcher das Recht auf adäquaten Wohnraum eingehalten wird.

Alle Menschenrechte gelten auch für junge Menschen, folgende Rechte sind besonders wichtig:

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RECHTE:

- Recht auf einen adäquaten Lebensstandard
- Recht auf Wohnen
- Recht auf Nahrung
- Recht auf Arbeit
- Recht auf Bildung
- Recht auf Gesundheit

ZIVILE UND POLITISCHE RECHTE:

- Recht auf Meinungsfreiheit
- Recht auf Leben
- Recht auf Zugang zur Justiz
- Recht auf Versammlung
- Recht auf persönliche Sicherheit und Privatsphäre

RECHT VON DISKRIMINIERUNG GESCHÜTZT ZU SEIN UND RECHT AUF GLEICHEN ZUGANG ZU DEN RECHTEN

Sie wissen wahrscheinlich, dass es ein Recht auf Wohnen gibt, wissen aber nicht, wie Sie es umsetzen können. Oder Sie erkennen, dass einige der Grundsätze in Ihrer aktuellen Strategie beinhaltet sind, sind aber unsicher, wie ein menschenrechtsbasierter Ansatz effektiv umgesetzt werden kann.

Aus der Not entstanden:

Die Geschichte der Menschenrechte erklärt die Stärke und das Ziel dieser Rechte. Aus den verheerenden Folgen des 2. Weltkriegs fasste die internationale Gemeinschaft den Entschluss, aus den Gräueltaten zu lernen und eine Möglichkeit für ein besseres Miteinander zu schaffen - der Respekt der Menschenwürde aller Menschen wird in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert. Wir sind als Menschen alle gleich und haben den gleichen Anspruch auf Menschenrechte.

“ Menschenrechte sind Menschen inhärent, egal welche Nationalität, Wohnort, Geschlecht, nationale oder ethnische Gruppe, Hautfarbe, Religion, Sprache oder anderer Status. Wir haben alle das gleiche Recht auf die Einhaltung der Menschenrechte ohne diskriminiert zu werden. Diese Rechte sind ineinander zusammenhängend, voneinander abhängig und unteilbar. - Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

7 Gründe weshalb der menschenrechtsbasierte Ansatz der richtige Ansatz im Kampf gegen Jugendwohnungslosigkeit ist

DIESER ANSATZ ZIELT AUF SYSTEMISCHE GRÜNDE AB

Ein menschenrechtlicher Ansatz benötigt einen Paradigmenwechsel, damit wohnungslosen Menschen ein gleiches Recht auf Menschenwürde und die Einhaltung der Menschenrechte garantiert wird. Die Regierungen müssen die systemischen Gründe für Wohnungslosigkeit erkennen, gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung bieten und Zugang zu bezahlbarem Wohnraum schaffen. Viel zu oft verstärken Gesetze und Richtlinien über Wohnungslosigkeit lediglich Muster von Exklusion und Kriminalisierung. Oft ist das Ziel solcher Maßnahmen eine Minimierung von wohnungslosen Menschen in der Öffentlichkeit.

ES IST EINE MORALISCHE UND EINE GESETZLICHE VERPFLICHTUNG

Die Beendigung von Wohnungslosigkeit ist eine gesetzliche Verpflichtung verbindlich für alle Staaten, die internationalen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet haben. Zu diesen Dokumenten zählen etwa der Sozialpakt, die Kinderrechtskonvention und die Behindertenrechtskonvention.

EMPOWERMENT

Als Träger von Menschenrechten, sind junge Menschen befähigt ihre Anliegen in ihrer Gemeinde mitzuteilen und zu verlangen, dass diese Anliegen als Menschenrechtsthemen behandelt werden.

DIESER ANSATZ STELLT JUNGE WOHNUNGSLOSE MENSCHEN AN DIE ERSTE STELLE

Ein menschenrechtlicher Ansatz priorisiert jene Menschen, die in den schwierigsten Bedingungen leben und nimmt deren dringendste Anliegen in Angriff.

DIESER ANSATZ IST LÖSUNGSORIENTIERT

Ein menschenrechtlicher Ansatz bedeutet, dass junge wohnungslose Menschen die Möglichkeit haben ihrer Stimme Gehör von Regierungen und wichtigen Akteuren zu verschaffen und effektive, ernsthafte und zugängliche Lösungen zu finden, wenn sie in ihren Menschenrechten verletzt werden.

DIESER ANSATZ ÄNDERT DIE ART DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

Wird ein menschenrechtlicher Ansatz als Grundlage für gesetzliche Rahmenbedingung, Politikgestaltung und Entscheidungsfindung herangezogen, so sind Regierungen und andere Akteure verpflichtet, die Konsequenzen jeder Entscheidung (inklusive Budgetierung und Wohnraumbeschaffung) für den Zugang zu adäquatem Wohnraum für junge Menschen zu berücksichtigen.

DIESER ANSATZ IST EIN EFFEKTIVER ANSATZ

Der menschenrechtlich basierte Ansatz in Programmen wirkt präventiv auf Wohnungslosigkeit und bekämpft gleichzeitig Richtlinien, welche lediglich zur Aufrechterhaltung von Wohnungslosigkeit dienen. Dieser Ansatz betrachtet Wohnungslosigkeit abseits von physischen Bedürfnissen von wohnungslosen Jugendlichen hin zu sozialen und emotionalen Bedürfnissen. Dieser Ansatz respektiert sie als gleichwertige Rechtsträger_innen mit dem Recht auf Menschenwürde und vollständige Partizipation.

Die Rechte legen den Rahmen fest!

Internationale Abkommen stellen konkrete Standards dar, welche von Regierungen eingehalten werden müssen. Rechte stammen von dem Prinzip ab, dass wir alle als gleichwertige Würdenträger geboren sind, die respektiert werden müssen.

Die Rechte von wohnungslosen Jugendlichen finden sich in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in einer Zahl von weiteren internationalen Menschenrechtsabkommen, beispielsweise:

- im internationalen Pakt über zivile und politische Rechte (Zivilpakt - ICCPR)
- im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt - ICESCR)
- in der Kinderrechtskonvention (CRC) und
- Im Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung von jeglicher Rassendiskriminierung (ICERD)

Die internationale Kinderrechtskonvention beschreibt die Rechte jeder Person unter 18 Jahren. Keine andere Konvention wurde von so vielen Ländern der Welt ratifiziert wie diese: sie wurde von jedem Land der Welt, außer den USA unterzeichnet.

Oft als der wichtigste Artikel bezüglich des Rechts auf Wohnen wird Artikel 11.1. des Sozialpakts genannt:

Artikel 27 der Kinderrechtskonvention:

Die Vertragsstaaten treffen gemäß ihren innerstaatlichen Verhältnissen und im Rahmen ihrer Mittel geeignete Maßnahmen, um den Eltern und anderen für das Kind verantwortlichen Personen bei der Verwirklichung dieses Rechts zu helfen, und sehen bei Bedürftigkeit materielle Hilfs- und Unterstützungsprogramme insbesondere im Hinblick auf Ernährung, Bekleidung und Wohnung vor.

“Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und anerkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit.”

Die Verantwortlichkeiten für den Schutz und das Umsetzen von Menschenrechten können am besten in den Prinzipien: “Achten! Schützen! Gewährleisten!” erklärt werden. Die Prinzipien Anerkennen! Institutionalisieren! und Verantwortlichkeit! erklären den Weg zur Umsetzung dieser Rechte.

<p>ACHTE DIE MENSCHENRECHTE! Ein Staat darf nicht die existierenden Rechte missachten und muss Handlungen unterlassen, welche ein Recht limitieren oder brechen würde. <i>Beispiel: Gesetze, welche junge Menschen davon abhalten, sich auf öffentlichen Plätzen aufzuhalten.</i></p>	<p>ANERKENNE RECHTE: Staaten müssen Schritte unternehmen um Rechte in Gesetzen und Richtlinien anzuerkennen. <i>Beispiel: Das Recht auf Wohnen wird in die Verfassung oder in nationales Recht aufgenommen.</i></p>
<p>SCHÜTZE DIE RECHTE: Wenn jemand anderes die Rechte eines Individuums bricht, so muss der Staat eingreifen. <i>Beispiel: Ein Vermieter diskriminiert einen Jugendlichen wegen des Alters oder des Geschlechts.</i></p>	<p>INSTITUTIONALISIERE RECHT Bereitstellung von Institutionen, welche wirtschaftliche und soziale Rechte, umsetzen und überwachen, <i>Beispiel: Einen Mechanismus entwickeln, welcher in der regionalen/nationalen Menschenrechtsinstitution das Recht auf Wohnen überwacht, z.B. ein Monitoringsystem</i></p>
<p>GEWÄHRLEISTE DIE RECHTE Ein Staat muss positive Schritte unternehmen, um zu garantieren, dass alle Menschenrechte gewährleistet werden. <i>Beispiel: Der Staat muss sicherstellen, dass Jugendliche sofortigen Zugang zu Notfallhilfe haben, gleichzeitig aber Ziele und Zeitpläne bereitstehen, welche langfristige Wohnlösungen anbieten.</i></p>	<p>ÜBERNEHME DIE VERANTWORTUNG FÜR RECHTE Sicherstellung von Einspruchsmöglichkeiten und Entschädigungsleistungen im Falle eine Menschenrechtsverletzung <i>Beispiel: Gerichte, Tribunale, Ombudsmänner oder Jugendbeauftragte mit dem Auftrag Beschwerden anzuhören und zu überprüfen.</i></p>

Einfach gesagt: Rechte können nur dann respektiert, geschützt und gewährleistet werden, wenn sie in der Gesetzgebung anerkannt werden und wenn es Institutionen gibt, deren Auftrag es ist, den Staat in seine Verantwortlichkeit zu nehmen - gegenüber der internationalen Gemeinschaft als auch gegenüber dem_der individuellen Rechtsträger_in.

Diese Beispiele machen klar: Die Verantwortung der Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren, liegt nicht nur alleine beim Staat. Zahlreiche weitere Sektoren - Justizsystem, der private Sektor, soziale Dienstleistungen und öffentliche Institutionen - sind miteingebunden.

Zusätzlich zu internationalen Menschenrechtsvereinbarungen, ist das Recht auf Wohnen auch auf europäischer Ebene geschützt:

1. Der Europarat: Diese europäische internationale Organisation umfasst heute 47 europäische Staaten und 820 Millionen Bürger_innen. Folgende Menschenrechtspakte und Einrichtungen befassen sich direkt oder indirekt mit dem Recht auf Wohnen:

EUROPÄISCHE MENSCHENRECHTSKONVENTION

Obwohl nicht explizit in der Europäischen Menschenrechtskonvention erwähnt, beschäftigen sich dennoch eine Reihe von Bestimmungen mit dem Recht auf Wohnen:

- Artikel 2 (Recht auf Leben);
- Artikel 3 (Verbot der Folter);
- Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren);
- Artikel 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens);
- Artikel 13 (Recht auf wirksame Beschwerde);
- Artikel 14 (Diskriminierungsverbot); Zusatzprotokoll 1,
- Artikel 1 (Garantie des Eigentums); Zusatzprotokoll 4,
- Artikel 2 (Freizügigkeit).

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit Sitz in Straßburg ist ein auf Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonvention eingerichteter Gerichtshof und stellt sicher, dass die Mitgliedsstaaten die in der Menschenrechtskonvention unterzeichneten Verpflichtungen einhalten. Der Gerichtshof behandelt individuelle und staatliche Beschwerden; die Entscheidungen des Gerichtshofs sind rechtlich bindend.

Das Individualbeschwerderecht gibt Personen die Möglichkeit rechtliche Schritte einzuleiten, wenn diese direkt und persönlich von einer Menschenrechtsverletzung betroffen sind und alle staatlichen Wege der Gerichtbarkeit bereits ausgeschöpft wurden. Dies ist ein Schlüsselinstrument um einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der Arbeit mit wohnungslosen Menschen durchzusetzen. Der Verweis auf Entscheidungen des Gerichtshofs betreffend angemessener Wohnumstände und das Recht auf Wohnen kann hilfreich sein, wenn es dazu kommt, Verantwortlichkeiten und Haftung von staatlichen Einrichtungen zu verdeutlichen.

DIE EUROPÄISCHE SOZIALCHARTA UND DAS KOLLEKTIVBESCHWERDEVERFAHREN

Die Europäische Sozialcharta vervollständigt die Europäische Menschenrechtskonvention insbesondere betreffend sozialer und wirtschaftlicher Rechte. Das Abkommen trat 1961 in Kraft; die revidierte Fassung ist seit 1999 gültig.

Die Charta schützt die Rechte von jungen Menschen betreffend wie zB das Recht auf besonderen gesetzlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schutz der Familie, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf Bildung und das Recht auf eine Wohnung. Kinder und junge Menschen sind durch die Bestimmungen der Arbeitsrechte in der Charta vor Ausbeutung geschützt.

Das Zusatzprotokoll über Kollektivbeschwerden der Europäischen Sozialcharta stellt ein einzigartiges und effektives Durchsetzungsverfahren für die in der Charta verankerten sozialen Rechte dar. Im Rahmen des kollektiven Beschwerdeverfahrens können internationale Nichtregierungsorganisationen mit Konsultativstatus beim Europarat Beschwerde erheben.

EUROPÄISCHER AUSSCHUSS FÜR SOZIALE RECHTE

Der Europäische Ausschuss für soziale Rechte kontrolliert die Einhaltung der Sozialcharta durch die Mitgliedsstaaten und entscheidet, ob die rechtliche und tatsächliche Situation in den Vertragsstaaten mit der Europäischen Sozialcharta übereinstimmt. Der Ausschuss prüft die Berichte und entscheidet in den Schlussfolgerungen darüber, ob die Situation in den Vertragsstaaten mit der Charta übereinstimmt.

MENSCHENRECHTSKOMMISSAR DES EUROPARATS

Das Amt des Menschenrechtskommissars wurde 1999 eingerichtet. Seine Aufgabe ist es, die Menschenrechte in den Ländern des Europarates zu fördern und zu ihrem Schutz beizutragen. Mehr Informationen über das Amt des Menschenrechtskommissars und seinen derzeitigen Vertreter, Herr Nils Muižnieks unter <http://www.coe.int/en/web/commissioner>

Rechte in Aktion:

FEANTSA hat bisher 3 kollektive Beschwerdeverfahren eingeleitet um das Recht auf Wohnen auf europäischer Ebene durchzusetzen. Mehr Informationen unter: <http://housingrightswatch.org/page/feantsa's-collective-complaints>

2. Die Europäische Union (EU)

CHARTA DER GRUNDRECHTE DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert zivile, politische, soziale und wirtschaftliche Rechte von EU_Bürger_innen und Einwohner_innen in der Europäischen Gesetzgebung. Die Charta ist für alle Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der EU verbindlich. Sie ist auch für die nationale Gesetzgebung verbindlich, wenn es sich um europäische Gesetzgebung handelt. Die Charta ist also nur dann anwendbar, wenn es einen europäischen Bezug gibt. In Artikel 34 achtet auf den Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit und Unterstützung für die Wohnung, solange es sich um europäische Gesetzgebung handelt.

ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZGEBUNG

Seit der Gründung der EU ist der Kampf gegen Diskriminierung eine der wichtigsten Anliegen. Direkte und Indirekte Diskriminierung sind laut EU-Recht ein Strafbestand, dennoch werden weiterhin Menschen in Europa aufgrund bestimmter Gründe davon abgehalten ihr soziales und berufliches Leben auszuüben. Jahrelang wurde der Fokus auf die Prävention von Diskriminierung aufgrund der Herkunft oder des Geschlechts gelegt. Seit 1999 wurde auf EU Ebene der Fokus auch auf Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, Glaube oder Religion, Behinderung, Alter oder sexuelle Orientierung gelegt – darin ist also auch Diskriminierung gegenüber jungen Menschen enthalten. Gerade bei diesem Thema spielen zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle im Dialog zwischen Bürger_innen und Europäischen Institutionen.

AGENTUR DER ERUOPÄISCHEN UNION FÜR GRUNDRECHTE (FRA)

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) ist ein Teil der Europäischen Union und wurde 2007 gegründet. Die Vorläuferorganisation war die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die FRA wurde eingerichtet, um die Organe und Mitgliedstaaten der EU fachkundig zu beraten. Sie vernetzt sich mit nationalen und internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat. Die FRA arbeitet eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen.

Information zu der Europäischen Dimension bezüglich junge Menschen und sozialer Exklusion finden Sie über den untenstehend Link. Hier werden die Strategien der EU und des Europarats bezüglich junge Menschen und soziale Recht dargestellt:

http://eacea.ec.europa.eu/youth/tools/documents/social_exclusion_and_youth_work.pdf
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1061&langId=en>
<http://www.coe.int/en/web/human-rights-rule-of-law/home>

Rechte in Taten umsetzen

Als Mitarbeiter_in vor Ort in einer Notübernachtung für junge Menschen, als Sozialarbeiter_in, nationale_r politische_r Entscheidungsträger_in, eine junge Person beteiligt in Strategienentwicklung - Sie wenden wahrscheinlich bereits Menschenrechte an.

Zum Beispiel, wenn sichergestellt wird, dass junge Menschen in der Entscheidungsfindung miteinbezogen werden, dann wird ein menschenrechtsbasierter Ansatz angewandt. Es ist einfach ein zusätzliches Instrument in Ihrem "Werkzeugkoffer".

Wenn Sie also eine Strategie zur Beendigung von Wohnungslosigkeit planen oder bereits existierende Strategien überprüfen, ist es notwendig, folgende Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass Menschenrechte auch eine wesentliche Rolle darin spielen:

Schritt 1: Finde Eine Gemeinsame Definition

Wen meinen wir mit „Jugendliche“? Die Definition "Jugendliche" als Kategorie ist breiter als eine bestimmte Altersgruppe. Es umfasst die Periode der Abhängigkeit in der Kindheit und die Unabhängigkeit als Erwachsener. Das UN-Generalsekretariat definiert Jugendliche als Personen zwischen 15-24. In Deutschland ist im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) VIII ein junger Mensch, wer noch nicht 27 Jahre alt ist. Diesen muss zum Ausgleich sozialer Benachteiligung oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen sozialpädagogische Hilfe angeboten werden. Diese Altersspanne sollte als flexibel und adaptierfähig gesehen werden um den lokalen Kontext angepasst werden.

DAS RECHT AUF WOHNEN - AUCH FÜR JUNGE MENSCHEN!

Bringen Sie Menschenrechte ins Bewusstsein!

Überprüfen Sie bereits existierende Richtlinien, die wohnungslose Jugendliche betreffen. Untersuchen Sie diese Richtlinien aus der Perspektive der Menschenrechte, ob sie das Stigma gegen wohnungslose Menschen aufrechterhalten oder ob sie kriminalisierend wirken auf Menschen, die lediglich ihre elementaren Bedürfnisse, wie schlafen und essen, zu befriedigen versuchen.

Die Definition von Jugendwohnungslosigkeit muss die enormen Unterschiede der Erlebnisse von jungen wohnungslosen Menschen und die unterschiedlichen Arten, wie Wohnungslosigkeit sich zeigen kann, bedenken.

Für einige junge Menschen kann das bedeuten in einer Notunterkunft zu leben, auf der Straße zu schlafen, in Doppelbelegung mit Freund_innen oder "Couch Surfing". Aber Wohnungslosigkeit ist viel mehr als nur das Fehlen eines Daches über dem Kopf. Ohne eine weite Definition besteht das Risiko von verzerrten Wahrnehmungen über die Personen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind und folglich die Bedürfnisse von vulnerablen jungen Menschen. Wie eine junge Person in einem Beratungsgespräch meinte: „Jugendliche sind voll mit Ressourcen und können sich verstecken.“

Welche Elemente umfasst ein ganzheitlicher Ansatz? Die UN Sonderberichterstatterin für das Recht auf Wohnen beschreibt die folgenden Bestandteile als Teil des menschenrechtsbasierten Ansatzes:

ABWESENHEIT EINES ZU HAUSES.

Wohnungslosigkeit beschreibt die Abwesenheit eines zu Hauses, beides, im materiellen aber auch im sozialen Sinne. Dies bedeutet einen Mangel an sicherem physischen Raum, als auch einen Ort, um zum Beispiel eine Familie zu gründen und soziale Beziehungen zu pflegen; und letztendlich auch, um an der Gemeinschaft teilzunehmen.

WOHNUNGSLOSIGKEIT IST EINE FORM VON DISKRIMINIERUNG UND SOZIALER AUSGRENZUNG.

Neben dem Fehlen von Wohnraum, sind wohnungslose Menschen gezwungen, eine soziale Identität anzunehmen - eine soziale Gruppe, welche von Diskriminierung betroffen ist, von sozialer Exklusion und in manchen Fällen auch von Kriminalisierung.

WOHNUNGSLOSE MENSCHEN SIND RECHTSTRÄGER

Wohnungslose Menschen sind Rechtsträger, auch im Kampf um Überleben und Würde. Während die existierenden Systeme eine Verletzung dieser Rechte ermöglichen, sind wohnungslose Menschen als zentrale Akteur_innen anzuerkennen, die die Umsetzung der Menschenrechte möglich machen.

“Jugendwohnungslosigkeit“ beschreibt eine Situation oder ein Erlebnis einer jungen Person zwischen 13 und 24 Jahren, welche unabhängig von Eltern und/oder Erziehungsberechtigten leben, aber nicht die Mittel oder Fähigkeiten besitzen, einen stabilen, sicheren und nachhaltigen Wohnort aufzubauen.

Jugendwohnungslosigkeit ist ein komplexes soziales Problem: Die Gesellschaft hat versagt, jungen Menschen und deren Familien notwendige und adäquate Unterstützung anzubieten, welche sie unterstützen würde, ihr Leben sicher und geplant weiterzuleben.

Junge Menschen erleben schwierige wirtschaftliche Umstände und das Fehlen von sicheren Wohnverhältnissen. Zusätzlich fehlt vielen Jugendlichen die notwendige Lebenserfahrung, ein unabhängiges Leben zu führen und befinden sich mitten in einer besonderen Entwicklungsphase (sozial, physisch, emotional und kognitiv).

Daraus resultierend haben sie nicht immer die Ressourcen, Belastbarkeit, Bildung, soziale Unterstützung oder Lebenskompetenzen um einen sicheren und sorgfältigen Übergang in das Erwachsenenleben und Unabhängigkeit zu bewerkstelligen.

Kaum ein junger Mensch entscheidet sich dafür, wohnungslos zu sein oder als wohnungslose Person betrachtet zu werden.

Dies ist ein grundsätzlich negatives und stressiges Erlebnis für junge Menschen.

Jungen wohnungslosen Menschen wird der Zugang zu Menschenrecht verwehrt. Ist dies einmal identifiziert, muss dies behoben werden. Alle jungen Menschen haben das Recht auf Leben, das Recht auf adäquates Wohnen, Essen, Sicherheit, Bildung und Zugang zur Justiz.

Definition von Jugendwohnungslosigkeit durch das Canadian Observatory on Homelessness. (2016). Homeless Hub: www.homelesshub.ca/youthhomelessdefinition

Schritt 2: Jugendwohnungslosigkeit messen

Es ist schwierig Wohnungslosigkeit von jungen Menschen zu messen, besonders da sich viele Jugendliche verstecken müssen, um den schwerwiegenden Auswirkungen des Straßenlebens auszuweichen. Jene, die zeitweise mit Freunden wohnen, sexuelle Dienstleistungen für Wohnen tauschen oder in gewalttätigen Haushalten verweilen, sind äußerst schwierig zu erfassen.

Wie misst man Jugendwohnungslosigkeit mit einem menschenrechtsbasierten Ansatz? Gemeinsam mit einer quantitativen Recherche - wie zum Beispiel Stichtagszählungen, online Fragebögen oder Umfragen in Notübernachtungen - ist es ebenso wichtig, ein qualitatives Verständnis für die Bedürfnisse und Umstände der jungen wohnungslosen Bevölkerung auf deren Erfahrungen basierend zu bekommen. Dies könnte zum Beispiel durch mündliche Zeitzeugengespräche, Fotos, Videos oder Interviews mit Mitarbeitenden vor Ort geschehen.

Schwierig wird es in diesem Zusammenhang sein, die Informationen so detailliert zu sammeln, dass auch Informationen über marginalisierte Gruppen wie zum Beispiel rassifizierte Jugendliche, Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen und LSBTIQ berücksichtigt werden.

Inkludieren Sie junge Menschen direkt bei der Datensammlung und dem Brainstorming für innovative Wege, um die Zielgruppe auch zu erreichen! Machen Sie sich junge Netzwerke zu Nutze, suchen Sie nach sozialen Netzwerken, denen wohnungslose Jugendliche vertrauen und arbeiten Sie in diesen Kanälen, um junge Menschen zu engagieren und Informationen zu teilen.

Schritt 3: Nehmen Sie Bezug auf Menschenrechte in Ihrer Strategie

Eine Strategie zur Beendigung von Jugendwohnungslosigkeit soll explizit auf Menschenrechte und internationale Menschenrechtsverantwortung hinweisen. Das heißt praktisch, dass konkrete Verpflichtungen aus den UN-Abkommen, Handlungsanweisungen durch UN-Ausschüssen oder den Allgemeinen Bemerkungen zu den bestimmten Menschenrechten, die ein konkretes Recht behandeln, entstehen. Unterstützende nationale Gesetzgebung und verfassungsrechtliche Verordnungen, welche Menschenrechte nur ungenügend anerkennen, sollten ebenso herangezogen werden. Diese Schritte helfen einen menschenrechtsbasierten Ansatz zu konkretisieren, Rechtsträger_innen in der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen und geben den Weg frei für Gerichtbarkeit als ein Element von Verantwortlichkeit.

Ein wichtiger Aspekt im menschenrechtsbasierten Ansatz ist es, die Rechte zu benennen und damit Jugendwohnungslosigkeit im internationalen Kontext zu verankern.

Rechte in Aktion:

Das „Covenant House“ ist eine Organisation, welche in 27 Städten in ganz Nord- und Südamerika wie zum Beispiel Toronto, Ontario, Vancouver, British Columbia tätig ist. Es erkennt die Wichtigkeit von Wohnungslosigkeit als Prävention und den Schutz von Kindern und Jugendlichen an. Gleichzeitig fordert es ein, dass spezielle Menschenrechte auch eingehalten werden (zu Recht auf Wohnen, Nahrung, Bildung, Sicherheit und Freiheit von Misshandlung und Ausbeutung).

Schritt 4: Menschenrechtstrainings

Es ist wichtig, dass alle Beteiligten auch verstehen, was Menschenrechte sind – das betrifft sowohl die Entscheidungsträger_innen auf höheren Ebene als auch Mitarbeitende vor Ort bis hin zu den Jugendlichen selbst. Eine Mitwirkende fasste es wie folgt zusammen: „Veränderung kann nur durch Bildung und Engagement passieren!“

Schritt 5: Schließen Sie junge Menschen in den Prozess mit ein!

Ein menschenrechtlicher Ansatz beschreibt nicht nur, welche Inhalte in einer Strategie gegen Jugendwohnungslosigkeit oder in einem Gemeinwesenplan genannt werden, nein – er beinhaltet auch wie ein Plan oder eine Strategie entwickelt wird. Junge Menschen müssen sich in jedem Schritt der Entwicklung engagieren können und die Wichtigkeit ihrer Beteiligung erkennen. Dies ist wahrscheinlich der wichtigste Punkt in einer erfolgreichen Strategie.

Junge wohnungslose Menschen sind von einer Reihe von Herausforderungen betroffen, welche Einfluss auf ihre Erfahrungen haben. Deshalb ist es wichtig diese Herausforderungen auch wahrzunehmen. Diese Erfahrungen beinhalten zum Beispiel Trauma, Tod einer nahestehenden Person, häusliche Gewalt, Krankheit, Isolation, Armut, psychische Beeinträchtigung, Kindesmissbrauch oder Drogenkonsum. Alle Befragungen von Jugendlichen müssen die Komplexität von Wohnungslosigkeit berücksichtigen und in einer nicht-wertenden und nicht-unterdrückenden Art durchgeführt werden um kein Risiko für die Beteiligten darzustellen.

Setze Menschenrechte um!

Wie finde ich das richtige Menschenrechtstraining? Der erste Schritt ist es eine Menschenrechtsorganisation in Ihrer lokalen Gemeinde zu kontaktieren. Falls Sie sich nicht sicher sind, können Sie auch Canada without poverty (www.cwp-csp.ca), A way home Canada (www.awayhome.ca) oder FEANTSA (www.feantsa.org) kontaktieren.

Rechte in Aktion:

In Herzogsägmühle stellt Partizipation ein entscheidendes Gelingenskriterium der Hilfen für Menschen in besonderen Lebenslagen dar. Dabei wird Beteiligung auf allen Organisationsebenen angestrebt und gefördert. Jede_r, der_die sich beteiligen möchte, soll dies tun können. Im Bereich der stationären Hilfen bestehen Bürger_innenräte bzw. Beiräte aus 2 gewählten Delegierten je Einrichtung. Diese setzen sich mit Fragen der Organisation des Zusammenlebens auseinander und machen kurzfristige Verbesserungsvorschläge an die Geschäftsführung. Auch werden dort konzeptionelle Änderungen diskutiert und kommentiert. Auf diese Weise entsteht ein Raum der Wertschätzung und der Ermächtigung.

Hier sind einige der allgemeinen Prinzipien aufgeführt, die in Befragungen eingehalten werden sollten:

SEIEN SIE AKTIV UND INFORMIERT.

- Stellen Sie Arbeitsmaterial über Zweck und die einzelnen Schritte der Befragung in leicht zugänglicher Sprache zur Verfügung. Inhalt, Sprache, Übungen und alle anderen Aspekte von Befragungen müssen an die individuellen Umstände der Teilnehmer_innen angepasst werden. Es sollte auch auf das Leseverständnis der Teilnehmer_innen eingegangen werden.
- Es ist wichtig, einen unterstützenden, respektvollen, sicheren Rahmen für junge Menschen herzustellen um eine aktive Beteiligung und Teilen der Erfahrungen Ideen und Meinungen zu erwirken.
- Stellen Sie sicher, dass jungen Menschen aktiv in Entscheidungsprozessen miteingebunden sind und dass sie ihre Rolle und die Art der Nutzung der Informationen verstehen.

DIE BETEILIGUNG VON JUNGEN MENSCHEN MUSS IN ALLEN SCHRITTEN DES PROZESSES SICHER GESTELLT SEIN:

- Seien Sie sich bewusst, dass es ein langfristiges Engagement für junge Menschen und das Gemeinwesen ist.
- Gestalten Sie eine Möglichkeit für Jugendliche, um Ziele, Richtwerte und Prioritäten am Anfang des Prozesses zu benennen.
- Sichern Sie die Teilnahme von Jugendlichen in der Umsetzung und der Überwachung des Fortschritts.

SEIEN SIE AUSSAGEKRÄFTIG UND EFFEKTIV.

- Stellen Sie die notwendigen Mittel (Aufwandsentschädigung, Erreichbarkeit etc) für Veranstaltungen, Foren und Diskussionsrunden zur Verfügung.
- Gestalten Sie einen Raum, in dem sich Jugendliche wohl fühlen, wertgeschätzt und ermächtigt werden, an Prozessen teilzunehmen.

Rechte in der Praxis!

In der Rechtsambulanz Rosenheim bieten Rechtsanwält_innen des Anwaltsvereins Rosenheim in Räumen der Diakonie Rosenheim offene Sprechzeiten an. Jeder Mensch kann dort ohne Voranmeldung eine kostenfreie Kurzzeitberatung über rechtliche Fragen erhalten. Damit schafft die Ambulanz Rechtsbewusstsein bei den Ratsuchenden und unterstützt sie bei der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche.

Rechte in Aktion:

Casa-Alianza unterstützt junge Migrant_innen, Flüchtlinge und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Mexiko. Ein multidisziplinäres Team unterstützt die jugendlichen bei der Aufarbeitung ihrer Traumata. Zusätzlich helfen die Mitarbeiter_innen bei der Klärung der rechtlichen Lage. Durch die Unterstützung bei der Erlangung legaler Dokumente, schafft es Casa_Alianza den jungen Menschen Zugang zu sozialen Leistungen, Bildung und den Arbeitsmarkt zu gewähren.

Bewusstseinsbildung für Menschenrechte!

Wie kann man Stolpersteine für die Partizipation von Jugendlichen überwinden? Im Folgenden werden praktische Punkte aufgelistet, die für die Arbeit mit wohnungslosen Jugendlichen wichtig sind:

1. Gestalten Sie eine sichere Umgebung und holen Sie das Einverständnis. Wohnungslose Jugendliche leben oft ohne einer erziehungsberechtigten Person; es könnte schwierig werden, eine erwachsene Bezugsperson zu finden, die ihr Einverständnis gibt bei einer Forschung oder öffentlichen Aktion mitzumachen. Deshalb ist es die Verantwortung des Veranstalters, die Interessen der Jugendlichen zu wahren, vor allem wenn sie noch nicht volljährig sind.
2. Stellen Sie eine Vergütung zur Verfügung: Die Teilnahmeentschädigung sollte die Kosten für Transport, Kinderbetreuung, finanzielle Entschädigung für den Arbeitsausfall, Gutscheine, Essen und Trinken beinhalten. Die Teilnehmer_innen sollten bereits vor der Befragung über die Entschädigung (oder auch über den Nicht-Erhalt) informiert sein. Die Entschädigung für die Teilnehmer_innen soll auf das Alter und auf die Bedürfnisse von wohnungslosen Jugendlichen abgestimmt sein und räumlich zugänglich sein.
3. Stellen Sie Essen zur Verfügung. Essen kann Jugendliche anziehen. Stellen Sie aber nicht ausschließlich Junk-Food zur Verfügung, dies kann Stigma reproduzierend und daher negativ aufgenommen werden. Essen und Getränke sollten altersgemäß sein und Ernährungsvorschriften berücksichtigen.
4. Denken Sie an Stress und Trauma. Für viele Jugendliche kann Gewalt beides sein, der Grund aber auch das Ergebnis von Wohnungslosigkeit.
5. Stellen Sie eine private und sichere Atmosphäre zur Verfügung. Junge Menschen, die mit ihrer Familie leben oder vielleicht auf jüngere Geschwister aufpassen, brauchen vielleicht mehr Schutz vor der Angst, dass das Bekanntwerden ihrer Situation sie von der Familie trennen könnte. Die Organisator_innen sollten die Wünsche hinsichtlich des Umgangs mit Information der Teilnehmer_innen beachten. Zustimmung für Fotografieren sollte eingeholt werden. Teilnehmer_innen sollten informiert werden, in welchem Kontext die Fotos benutzt werden.

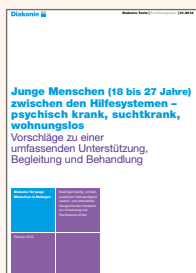
Schritt 6: Ziele setzen

Die Standards in der Menschenrechtsumsetzung weisen auf eine „schrittweise Umsetzung“ hin; das heißt während einige der Aspekte Zeit benötigen, um umgesetzt werden zu können (zum Beispiel neuen Wohnraum zu schaffen), haben Regierungen auch „sofortige Verpflichtungen“, wie Diskriminierungen in der Verwaltung oder der Polizei, die zur Zeit angewendet werden, oder das Widerrufen von lokalen Gesetzen, die wohnungslose Jugendliche stigmatisieren oder kriminalisieren, entgegenzuwirken und letztendlich abzuschaffen. Dies ist ein wichtiges Aktionselement, welches auch sicherstellt, dass keine „regressiven“ also rückschrittlichen Methoden angewendet werden, welche Menschen Rechte, die sie bereits hatten, wieder vorenthalten.

In diesem Prozess sollte man auch Risikogruppen und benachteiligte Gruppen bedenken. Zielgerichtete Maßnahmen sollten auch zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Bereitstellung von effektiven Rechtsmitteln zur Verfügung stellen.

Diakonie für junge Menschen in Notlagen.

Eine Projektgruppe der Diakonie hat 2015/2016 intensiv zu Situation und Unterstützung von wohnungslosen, psychisch und suchterkrankten jungen Frauen und Männern gearbeitet. Als Ergebnis wurden in einem entwickelten Netzwerk politische Forderungen formuliert und eine Handreichung für die praktische Arbeit erstellt. Teil dieser Handreichung sind eine interdisziplinäre Situationsbeschreibung aus Sicht der beteiligten Hilfesysteme, Lösungsansätze und Modelle guter Praxis.
https://www.diakonie.de/media/01_2016_Junge_Menschen.pdf



Rechte in Aktion:

Rechte in der Praxis! Bei „Home support“ in Hamburg handelt es sich um die Umsetzung des Housing First Konzeptes für junge Erwachsene. Sozialarbeiter_innen und Psycholog_innen unterstützen junge Menschen unter 25 Jahren, wenn sie in einen eigenen Wohnraum ziehen oder innerhalb der letzten 12 Monate in eine eigene Wohnung gezogen sind. Es geht zunächst darum, die Existenz zu sichern, bevor weiterführend die häufig komplexen Problemlagen schrittweise angegangen werden können. Circa ein Drittel der Teilnehmenden hat gesundheitliche Probleme, zu denen neben körperlichen Erkrankungen auch unklare psychische Erkrankungen und Belastungsreaktionen, aber auch diagnostizierte Depressionen, Suchterkrankungen, Angst- und Borderline-Störungen gehören. In diesen Fällen wird durch stabilisierende Gespräche Entlastung geschaffen und ggf. eine Weitervermittlung zu weiteren Hilfeangeboten initiiert. Housing First, ein Ansatz aus der Wohnungslosenhilfe in den USA, bedeutet, dass die Klient_innen als erstes eine eigene Wohnung bekommen und sich nicht erst auf verschiedenen Stufen (Tagesstätte, Notunterkunft, Wohnunterkunft, Probewohnen) bewähren müssen.

Rechte in Aktion:

„Schlupfwinkel“ in Stuttgart ist eine Anlaufstelle für Straßenkinder, -jugendliche und junge Erwachsene bis 21 Jahren an der Schnittstelle von Wohnungsnotfallhilfe und Jugendhilfe. Hier finden junge Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben oder in ungesicherten Wohnverhältnissen leben, einen Schutz- und Kommunikationsraum. Daneben stellt der „Schlupfwinkel“ eine Anlaufstelle für Krisenintervention und existenzielle Grundversorgung dar und berät und unterstützt bei der Durchsetzung berechtigten Anliegen und Interessen der jungen Nutzer_innen.

Machen Sie sich Ihre Rechte bewusst!

Welche sofortigen, kurzfristigen und langfristigen Ziele sollten Sie in einer Strategie gegen Jugendwohnungslosigkeit bedenken? Hier sind einige Beispiele:

SOFORTIGE VERPFLICHTUNGEN

Diese Schritte müssen sofort gemacht werden:

- einfache Notfallhilfe zur Verfügung stellen wie zB Notunterkünfte.
- Die Bedürfnisse der am stärksten von Wohnungslosigkeit und Diskriminierung betroffenen Gruppen zu priorisieren.

KURZFRISTIGE ZIELE

Der Plan sollte greifbare Ziele erhalten, welche in kurzfristigem Rahmen (von einigen Monaten bis einige Jahren) umgesetzt werden können.

Diese Verpflichtungen beinhalten:

- Die Fertigstellung und Überprüfung von Pilotprogrammen, welche langfristigen Ziele erreichen möchten.

LANGFRISTIGE ZIELE

Es sollte ein realistischer und ressourcenorientierter Zeitplan für die Beendigung von Wohnungslosigkeit erstellt werden. Dieser Zeitplan sollte aber auch widerspiegeln, dass die Beendigung von Jugendwohnungslosigkeit durch Prävention und Behandlung bereits existierender Wohnungslosigkeit eine Menschenrechtsvorgabe ist, die ohne eine besondere Verspätung umgesetzt werden soll.

- Die Ziele sollten so gesetzt werden, dass man auch über seine Kräfte hinausgehen muss, um Wohnungslosigkeit zu reduzieren. Der Fokus sollte die Beendigung von Wohnungslosigkeit sein.

Schritt 7: Machen Sie die Strategie eine Priorität in der Budgetierung

Ohne angemessene Finanzierung von Strategien und Plänen, ist es unmöglich das Ziel der Beseitigung von Jugendwohnungslosigkeit zu erreichen. Ein menschenrechtsbasierter Ansatz verlangt von Regierungen Ressourcen bereit zu stellen, die für den Zweck der Prävention und Bekämpfung von Jugendwohnungslosigkeit verwendet werden.

Maximal verfügbare Ressourcen – was heißt das? Das heißt, dass Staaten (zum Beispiel Regierungen) die Verpflichtungen gegenüber den Menschenrechten nicht zugunsten von Budgeteinschränkungen ignorieren dürfen. Dies gilt vor allem für alle verhältnismäßig reicheren Länder. Aus den von den Regierungen zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen sollte erkenntlich sein, dass Menschenrechte eine zentrale Rolle spielen und internationale Menschenrechtsverpflichtungen erfüllen.

Rechte in Aktion:

Die Stadt kanadische Stadt Toronto hat 2015 rund 3,8 Millionen Dollar in den Aufbau von Notunterkünften investiert. Dazu zählen 54 neue Betten in Notunterkünften und eine Notunterkunft speziell für LGTBQ Jugendliche.

Schritt 8: Überwachung und Berichterstattung über die Fortschritte

Für den Erfolg einer Menschenrechtsstrategie ist besonders wichtig, dass verantwortliche Institutionen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Rechte von jungen wohnungslosen Menschen können nur dann umgesetzt werden, wenn es eine Möglichkeit gibt, Regierungen und andere zentrale Akteure für die erfolgreiche Umsetzung zur Verantwortung zu ziehen. Regelmäßig Bericht zu den Zielen und Maßstäben zu erstatten, von Kapazitäten in der Finanzierung im Jahresbudget zu berichten und einen offenen und transparenten Prozess zur Verfügung stellen hilft, sicherzustellen, dass es einen Fortschritt im Prozess gibt. Zahlen sind meist nur eine Seite der Geschichte, deshalb sollte die Berichterstattung auch Jugendliche und andere Interessensvertreter_innen befragen.

Das Monitoring sollte auch das Ausmaß der Kriminalisierung und Diskriminierung, die von Jugendlichen erlebt wird, beurteilen. Diese Daten könnten im Rahmen der Anzahl von Jugendlichen, die betteln, sich an öffentlichen Plätzen aufhalten oder schlafen oder auch an der Anzahl der gefundenen Regierungshandlungen, die für diskriminierend befunden werden, erhoben werden. Dies hilft den Weg zur Beendigung von solchen Handlungsweisen zu bewerten.

Rechte in Aktion:

Die Stadt Kamloops in Kanada hat eine Strategie für die Beendigung von Jugendwohnungslosigkeit entwickelt. Im Rahmen dessen wurde auch ein unabhängiger Begleitausschuss eingerichtet. Dieser besteht aus Menschen mit unterschiedlichen Hintergrund: lokalen NGO's, indigene Vertreter_innen, Vertreter_innen des Gesundheitsbereichs und Jugendlichen die von Wohnungslosigkeit betroffen waren.

Rechte in Aktion:

Wie sehen effektive Überwachungsmechanismen aus? Beachte die folgenden Punkte:

1. Ein interner Mechanismus – wie zum Beispiel eine Ombudsperson – kann für Kommunen ein hilfreicher Weg sein, um ihren Fortschritt zu analysieren. Hier ist es wichtig zu erwähnen, dass es kein Zeichen von Schwäche ist, sich Fehler um Plan oder Umsetzung einzugestehen.
2. Ein externer Mechanismus: Wie zum Beispiel ein unabhängiger Ausschuss sind ebenso notwendig um eine faire und objektive Beurteilung des Fortschritts bereitzustellen. Die Ergebnisse können auch mit der Fach- (Öffentlichkeit) geteilt werden.

Beides, interne und externe Mechanismen sollten die Strategien regelmäßig überprüfen und ihre Überprüfungsgrundlagen klar planen. Ungeachtet der ausgewählten Methode sollten alle Beteiligten Rückmeldung geben, inklusive Jugendliche, die wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Eine regelmäßige und öffentliche Berichterstattung soll durchgeführt werden.

Schritt 9: Nutzen Sie das UN-System, um eine Veränderung zu Hause zu erreichen!

Sie sind eine junge Person und von Wohnungslosigkeit betroffen, ein_e Mitarbeiter_in vor Ort in einer NGO oder ein Teil einer Organisation und wussten nicht, dass Sie die UN nutzen kannst um Ihre Menschenrechtsanliegen zu überprüfen? Hier sind einige Beispiele wie es funktionieren kann:

Machen Sie mit!

Lernen Sie, wie Sie sich an der Beschreibung der Menschenrechtssituation vor Ort beteiligen können unter:
<http://www2.ohchr.org/english/bodies/treaty/index.htm>

Zivilrechtliche Organisationen können an Gutachten für UN-Ausschüsse mitwirken falls die Abkommen in den Ländern ratifiziert wurden. Beispiele dafür sind das Einreichen einer schriftlichen Vorlage oder sogar die Teilnahme an einer mündlichen Anhörung in Genf, in deren Rahmen Organisationen ein kurzes Statement über die Menschenrechtssituation in ihrem Heimatland abgeben können. Dies ist auch eine Möglichkeit Mitglieder der UN-Ausschüsse kennenzulernen, um ihnen ein umfangreiches Bild der Situation von Jugendwohnungslosigkeit in Ihrem Land oder einer Stadt zu schildern. Auf diesen gesammelten Informationen basierend fertigt der UN-Ausschuss „Abschließende Feststellungen“ an, welche Empfehlungen für Regierungen vorschreibt, wie sie ihren Menschenrechtsverbindlichkeiten erfüllen können. Regierungen sind verpflichtet diesen in einer guten und vertrauenswürdigen Weise zu folgen und Gerichte sind aufgerufen, diese Empfehlungen in relevanten Fällen zu berücksichtigen.

Das „Universelle Periodische Überprüfungsverfahren“ (universal periodic review - UPR) ist ein weiterer Prozess, der hilfreich in dem Kampf für die Rechte von jungen wohnungslosen Menschen sein kann. Dieses Verfahren überprüft die Menschenrechtsbilanz von allen 192 UN-Mitgliedsstaaten einmal in vier Jahren unter der Schirmherrschaft des UN-Menschenrechtsausschusses: auf diesem Wege überprüfen Staaten die Menschenrechtsbilanz von anderen Staaten. Diese UPRs stellen einen neuen Weg für die zivile Gesellschaft und betroffene Gruppen dar relevante Informationen zur Verfügung zu stellen und die Rechenschaftspflicht zu fördern.

Ein weiterer wichtiger Strang um Erfolg zu erreichen, sind UN-Sonderverfahren (zum Beispiel durch die UN-Sonderberichterstatter). Die UN-Sonderberichterstatter_innen sind unabhängige Expert_innen, welche unvoreingenommene Einschätzungen der Arbeit von Regierungen im Hinblick auch angebliche Menschenrechtsverletzungen erteilen. Sie erfüllen die Rolle eines Wächters, unternehmen vor Ort Missionen um die Umsetzung der Menschenrechte zu beurteilen und können Rat zu internationalen Standards geben. Einer der wichtigsten Vertreter_innen bezüglich Jugendwohnungslosigkeit ist Leilani Farha, sie ist zurzeit Sonderberichterstatterin für das Recht auf Wohnen. Ihr Mandat begann 2014 und könnte bis 2020 dauern.

Wenn Sie mit wohnungslosen Jugendlichen vor Ort arbeiten und ein systematisches Problem sehen, welches wohnungslose Jugendliche betrifft, kontaktieren Sie Leilani Farha direkt unter rsrhousing@ohchr.org um eine Intervention durch ihr UN-Mandat zu beantragen.

Schritt 10: Geben Sie Menschen Raum, um ihre Rechte umzusetzen

Erstellen Sie ein offenes, zugängliches und reaktionsschnelles Beschwerdeprozedere für junge wohnungslose Menschen und nehmen Sie Informationen, die relevant sind für die Menschenrechte von Jugendlichen, an.

Jugendliche können Belästigungen im Park, bei Räumungen von öffentlichen Plätzen, Gewalt, sexuelle Belästigung und Polizeigewalt mit Videos und anderen Mitteln dokumentieren. Es sollte Strategien geben, wie dokumentierte Vorfälle an Amtspersonen weitergetragen werden und effektive Wiedergutmachung angeboten werden können. Diese Daten können auch mit Menschenrechtskommissionen, Gerichtsfällen, Erklärungen von Ombudspersonen, sozialen Protesten, legislativen Anhörungen und den Medien geteilt werden. Damit wird dokumentiert, wie Jugendliche in der Lage sind, ihre Rechte umzusetzen und die Effektivität von Lösungen für Menschenrechtsverletzungen kann überprüft werden.

1. Woolley, E. (2015). *How does homelessness impact recidivism rates for youth?* Canadian Observatory on Homelessness/Homeless Hub: York University. Retrieved from: <http://homelesshub.ca/blog/how-does-homelessness-impact-recidivism-rates-youth>
2. Australian Institute of Health and Welfare (2014). *Homelessness among Indigenous Australians*. Cat. no. IHW 133. Canberra: AIHW.
3. Lawson, D. and Dutertre, S. (2010). *Finding Home in Victoria*. The Centre for Multicultural Youth. Retrieved from: <http://www.myan.org.au/file/file/FindinghomeinVictoria.pdf>
4. Consortium for Street Children (2016). *Street Children: A Global Picture*. Retrieved from: http://streetchildren.org/wp-content/uploads/2016/04/CFSC_Map-2016_FINAL-Hi-res_v2.pdf
5. Gaetz, S. (2014). *Coming of Age: Reimagining our Response to Youth Homelessness in Canada*. Toronto: Homeless Hub Research Paper Series #11.
6. Price, C., Wheeler, C., Shelton, J., & Maury, M. (Eds.) (2016). *At the Intersections: A Collaborative Report on LGBTQ Youth Homelessness*. True Colors Fund and the National LGBTQ Task Force. Homelessness Research Network Press.
7. Roche, B. (2005). *Sexuality and Homelessness*. Crisis UK. Retrieved from: <http://www.crisis.org.uk/publications-search.php?fullitem=131>
8. Learning Community (2013). *Mental Health of Homeless Youth 2013 Infographic*. Retrieved from: <http://learningcommunity.ca/lcwp/tags/mental-health-of-homeless-youth/>
9. Patrick, C. (2014). *Aboriginal Homelessness in Canada: A Literature Review*. Toronto: Canadian Homelessness Research Network Press.
10. Cray, A., Miller, K., & Durso, L. E. (2013). *Seeking shelter: The experiences and unmet needs of LGBT homeless youth*. The Center for American Progress. Retrieved from: <https://www.americanprogress.org/wp-content/uploads/2013/09/LGBTHomelessYouth.pdf>



Checkliste

Benutzen Sie die folgende Checkliste, um eine Strategie gegen Jugendwohnungslosigkeit aufzubauen oder zu adaptieren, sodass diese auch internationale Richtlinien erfüllt und die Rechte von jungen wohnungslosen Menschen aufrechterhält.

Ihr Plan sollte

- Junge wohnungslose Menschen identifizieren, auch die als marginalisierten Gruppen
- Einen expliziten Bezug zu den Menschenrechten herstellen
- Menschenrechtstrainings für alle Mitwirkenden zur Verfügung stellen
- Jeden Schritt in Absprache mit wohnungslosen Jugendlichen treffen
- Sich zu den Querschnittsthemen Nicht-Diskriminierung und Gleichheit verpflichten
- Hinsichtlich der Umsetzung der Menschenrechte sofortige, kurzfristige und langfristige Ziele setzen
- Ziele für marginalisierte Gruppen setzen
- Ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen
- Mit verschiedenen Ebenen von Regierungen und Akteuren in Verbindung setzen
- Den Fortschritt gemäß der detaillierten Strategie beobachten
- Interne und externe Mechanismen für Monitoring und Überprüfung aufbauen
- Ein Beschwerdemanagement für Einzelpersonen oder Gruppen einführen.

Quellenverzeichnis

- Bardine, D. et al. (2014). *Youth Homelessness in America*. The National Network for Youth. Retrieved from: <https://www.nn4youth.org/wp-content/uploads/NN4Y-Youth-Homelessness-in-America-2014.pdf>.
- Barnaby, L., Penn, R. & Erikson, P. (2010). Drugs, Homelessness & Health: Homeless Youth Speak Out About Harm Reduction. *The Shout Clinic Harm Reduction Report, 2010*. Toronto: Shout Clinic and Central Toronto Community Health Centres.
- Baron, S. (2013). Why street youth become involved in crime. In S. Gaetz, B. O'Grady, K. Buccieri, J. Karabanow, & A. Marsolais (Eds.) *Youth homelessness in Canada: Implications for policy and practice* (pp. 353-368). Toronto: Canadian Homelessness Research Network Press.
- Bender et al. (2014). Trauma Among street-involved youth. *Journal of Emotional and Behavioral Disorders*, 22(1), 53-64. Retrieved from: <http://ebx.sagepub.com.proxy.library.carleton.ca/content/22/1/53.full.pdf>
- Boivin, J.F., Roy, E., Haley, N., & Galbaud du Fort, G. (2005). The health of street youth: A Canadian perspective. *Canadian Journal of Public Health*, 96(6), 432-437.
- Braitstein, P., Li, K., Tyndall, M., Spittal, P., O'Shaughnessy, M. V., Schilder, A., ... Schechter, M. T. (2003). Sexual violence among a cohort of injection drug users. *Social Science Medicine*, 57(3), 561-9.
- Clarke, A. et al. (2015). *Estimating the scale of youth homelessness in the UK*. Cambridge Centre for Housing & Planning Research. Retrieved from: <http://centrepoin.org.uk/media/1522377/Cambridge%20full%20report%20-%20scale%20of%20youth%20homelessness.pdf>
- Forchuk, C., Richardson, J., Laverty, K., Bryant, M., Csiernik, R., Edwards, B., ... Kelly, C. (2013). Service preferences of homeless youth with mental illness: Housing first, treatment first, or both together. In S. Gaetz, B. O'Grady, K. Buccieri, J. Karabanow & A. Marsolais (Eds.), *Youth homelessness in Canada: Implications for policy and practice* (pp. 95-109). Toronto: Canadian Homelessness Research Network Press.
- Gaetz, S. (2004). Safe streets for whom? Street youth, social exclusion and criminal victimization. *Canadian Journal of Criminology and Criminal Justice*, 46(4), 423-455.
- Gaetz, S., & O'Grady, B. (2013). Why don't you just get a job? Homeless youth, social exclusion and employment training. In S. Gaetz, B. O'Grady, K. Buccieri, J. Karabanow & A. Marsolais (Eds.), *Youth homelessness in Canada: Implications for policy and practice* (pp. 243-268). Toronto: Canadian Observatory on Homelessness Press.
- Gaetz, S., & O'Grady, B. (2002). Making money: Exploring the economy of homeless workers. *Work, Employment and Society*, 16(3), 433-456.
- Gaetz, S., O'Grady, B., & Buccieri, K. (2010). *Surviving crime and violence: Street youth and victimization in Toronto*. Toronto, ON: Justice for Children and Youth & the Homeless Hub.
- Hagan, J., & McCarthy, B. (1997). *Mean streets: Youth crime and homelessness*. United Kingdom: Cambridge University Press. Retrieved from: <http://www.homelesshub.ca/library/mean-streets--youth-crime-and-homelessness-35035.aspx>
- Housing Rights Watch. (n.d.). Council of Europe Housing Rights. Retrieved from <http://www.housingrightswatch.org/page/council-europe-housing-rights>
- Housing Rights Watch. (n.d.). EU Housing Rights. Retrieved from <http://www.housingrightswatch.org/page/eu-housing-rights>
- Kidd, S.A. (2013). "Mental Health and Youth Homelessness: A critical review." In S. Gaetz, B. O'Grady, K. Buccieri, J. Karabanow, & A. Marsolais (Eds.) *Youth homelessness in Canada: Implications for policy and practice* (pp. 217-227). Toronto: Canadian Observatory on Homelessness Press.
- Kidd, S. A. (2004). The walls were closing in, and we were trapped - A qualitative analysis of street youth suicide. *Youth & Society*, 36(1), 30-55.
- Kulik, D., Gaetz, S., Levy, A.S., Crowe, C., Ford-Jones, L. (2011). Homeless youth's overwhelming health burden – a review of the literature. *Pediatrics and Child Health* June/July 2011, 16, 43-47.
- McCay, E., & Aiello, A. (2013). The Need for Early Mental Health Intervention to Strengthen Resilience in Street-involved Youth. In Gaetz, S., O'Grady, B., Buccieri, K., Karabanow, J., & Marsolais, A. (eds) *Youth Homelessness in Canada: Implications for Policy and Practice*. Toronto: Canadian Homelessness Research Network Press.
- O'Grady, B., Gaetz, S., & Buccieri, K. (2011). *Can I see your ID? The policing of homeless youth in Toronto*. Homeless Hub Research Report Series #5. Toronto, ON: Homeless Hub. Retrieved from: http://www.homelesshub.ca/ResourceFiles/CanISeeYourID_nov9.pdf
- Tarasuk, V. & Dachner, N. (2013). Homeless Youth, Nutritional Vulnerability, and Community Food Assistance Programs. In Gaetz, S., O'Grady, B., Buccieri, K., Karabanow, J., & Marsolais, A. (Eds.) *Youth Homelessness in Canada: Implications for Policy and Practice*. Toronto: Canadian Homelessness Research Network Press.
- Tarasuk, V., Dachner, N., Poland, B., Gaetz, S. (2009). Food deprivation is integral to the 'hand to mouth' existence of homeless youth in Toronto. *Public Health Nutrition*. Jan 15, 1-6.
- Thrane, L. E., Hoyt, D. R., Whitbeck, L. B., & Yoder, K. A. (2006). Impact of family abuse on running away, deviance, and street victimization among homeless rural and urban youth. *Child Abuse and Neglect*, 30, 1117-1128.